

Vor Eingang in die Tagesordnung gelobt der Bürgermeister die anwesenden Ersatzmitglieder mittels Handschlag nach Verlesung der Gelöbnisformel an.

Sodann bringt er den Gemeinderatsmitgliedern einen von der Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs gem. § 46 (3) OÖ. GemO eingebrachten Dringlichkeitsantrag zur Kenntnis. Zweck des Antrages ist die Aufnahme des Verhandlungsgegenstandes „Errichtung von Busparkflächen auf dem Parkplatz vor dem Kindergarten Zell an der Pram sowie Verordnung der anzubringenden Bodenmarkierungen und Verkehrszeichen“ in die Tagesordnung.

Die Begründung des Dringlichkeitsantrages wird von GR Johann Brandmayer vollinhaltlich vorgetragen.

Der Bürgermeister bemerkt zu diesem Antrag, dass seiner Meinung nach die Sicherheit der Kinder zur Zeit gegeben ist. Er informiert die GR-Mitglieder, dass zu diesem Thema bereits ein Elternbrief ergangen ist und spricht sich für weitere Gespräche mit den Eltern aus.

VzBgm. Demelbauer regt an, dieses Thema dem Bauausschuss zur Behandlung zuzuweisen. Der Bürgermeister lässt sodann über den Dringlichkeitsantrag abstimmen und stellt bei 5 JA-Stimmen (anwesende Mitglieder der FPÖ Fraktion und GR Fekührer) die mehrheitliche Ablehnung des Antrages fest.

TOP 1.) Qualitätsoffensive Pramtal Museumsstraße, Vortrag (AZ. 340)

Vor Behandlung dieses TOP spricht sich der Bgm. dafür aus, zu dem Verhandlungsgegenstand auch eine Beschlussfassung herbeizuführen. Die GR Mitglieder sprechen sich einhellig dafür aus.

Mit Schreiben vom 15.10.2009 ersucht der Verein Pramtal Museumsstraße mit einem abgeänderten Konzept um Unterstützung und Genehmigung einer Kostenbeteiligung an einer geplanten Qualitätsoffensive.

Der Leiter des Landesbildungszentrums, Hr. Dr. Karl Reininger, stellt dieses Konzept den Gemeinderatsmitgliedern ausführlich vor. Die finanzielle Beteiligung der Gemeinde Zell/Pram würde sich entsprechend dem vorgeschlagenen Gemeindeaufteilungsschlüssel auf je 3 Teilzahlungen in Höhe von € 1.986,38 in den Jahren 2010 bis 2012 und somit einen Gesamtbetrag von € 5.959,14 belaufen.

Bgm. Bauer dankt Dr. Reininger für den Vortrag und spricht sich dafür aus, die Qualitätsoffensive der Pramtal Museumsstraße zu unterstützen und den Gemeindebeitrag wie vorgetragen zu genehmigen.

GV Ertl trägt das Konzept Sallabergerhaus vor und stellt den Antrag an den Gemeinderat auf Genehmigung und Kostenbeteiligung am Projekt Qualitätsoffensive Pramtal Museumsstraße wie vorgetragen.

GR Zillner erkundigt sich bei Hr. Dr. Reininger, ob das LBZ aus seinem Werbebudget dieses Projekt unterstützen kann. Dr. Reininger verneint dies.

GR Freilinger erkundigt sich nach dem Fertigstellungstermin des Sallabergerhauses.

VzBgm. Demelbauer erläutert den GR-Mitgliedern die Ziele und Förderungsmöglichkeiten in einer Leader Region.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt der Bürgermeister über den Antrag von GV Ertl mit Handzeichen abstimmen und stellt die einstimmige Annahme fest.

TOP 2.) Bericht der Obfrau des Ausschusses für Schul-Kindergarten-, Kultur- und Sportangelegenheiten über die Beratungsergebnisse vom 10.11.2009

GV Ertl berichtet als Obfrau des obg. Ausschusses über die erfolgte Sitzung am 10.11.2009 und behandelt ausführlich die einzelnen Punkte der Tagesordnung. Der Gemeinderat nimmt den Bericht von Fr. Ertl zustimmend zur Kenntnis.

TOP 3.) Gründerzentrum Pramtal Süd, Beschluss über die Abgabe einer Erklärung für die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses und Genehmigung eines Finanzierungsplanes für die Gewährung einer Bedarfszuweisung (AZ.782-30/1)

Bgm. Bauer gibt einen Rückblick auf die Errichtung des Gründerzentrums und die zwischenzeitlichen finanziellen Schwierigkeiten. Er informiert über das Schreiben der Direktion IKD vom 24.09.2009 und hier im besonderen über die Voraussetzungen für die Gewährung von Landeszuschüssen für das Gründerzentrum Pramtal Süd.. Die vom Land OÖ. geforderte Erklärung über die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses an die Pramtal Süd-Gründerzentrum-Betriebs GmbH in Höhe von 100 % der geleisteten Kommunalsteuer der im Gründerzentrum eingemieteten Betriebe ab 01.01.2010 wird vollinhaltlich vorgetragen.

VzBgm. Demelbauer befürwortet die Ziele und den Betrieb des Gründerzentrums und stellt den Antrag, dem vorliegenden Finanzierungsplan zuzustimmen und die Abgabe einer Erklärung zu genehmigen, nach welcher die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses wie vorgetragen seitens der Gemeinde Zell an der Pram zugesagt wird.

GR Freilinger erkundigt sich nach den Ursachen der vorliegenden Schulden des Gründerzentrums. Bgm. Bauer gibt die Auskunft, dass diese zum Großteil aus Baukostenüberschreitungen und deren Finanzierung bestehen. Außerdem konnte eine Halle längere Zeit nicht vermietet werden und dadurch ergaben sich Fehlbeträge bei den Mieteinnahmen. GR Ziegler weist darauf hin, dass alle am Gründerzentrum beteiligten Gemeinden den vorliegenden Beschluss fassen müssen, damit die Landesförderung beantragt werden kann. Der Bürgermeister lässt über den Antrag von VzBgm. Demelbauer mit Handzeichen abstimmen und stellt die einstimmige Annahme fest.

TOP 4.) Projekt „Energieautarke Modellregion Innviertel-Hausruck“, Beschluss über die Abgabe einer Absichtserklärung (AZ. 782-20)

Die Gemeinde Zell an der Pram wurde seitens der Regionalmanagement OÖ. GmbH eingeladen, sich am Projekt „Energieautarke Modellregion Innviertel-Hausruck“ zu beteiligen. Der Bgm. gibt in diesem Zusammenhang einen Rückblick auf bereits verwirklichte Umweltprojekte und erinnert an den Vortrag über den Energiebaukasten. Das vorliegende Angebot zur Beteiligung an der Modellregion wird erläutert und die von der Gemeinde abzugebende Absichtserklärung dazu vollinhaltlich vorgetragen. Die Finanzierung des Projektes sieht eine jährliche Gemeindebeteiligung in Höhe von € 800,-- über eine Laufzeit von 3 Jahren vor.

GV Macherhammer betont in einer Wortmeldung die Wichtigkeit der Energie-Autarkheit und stellt den Antrag, die Gemeinde Zell/Pram möge sich am vorgetragenen Projekt beteiligen. Die mit Handzeichen durchgeführte Abstimmung zeigt die einstimmige Annahme des Antrages.

TOP 5.) Wegparzelle 1160/10 KG Stögen;
Widmung für den Gemeindegebrauch und Einreihung in die Straßenkategorie
„Gemeindestraße“ (AZ. 612-01/7)

Zu diesem TOP liegt der Teilungsplan des DI Hartmuth Schachinger vom 17.07.2009

GZ 3943a vor. Der Bürgermeister legt dem Gemeinderat den Entwurf einer Verordnung über die Widmung der Wegparzelle 1160/10 KG Stögen für den Gemeindegebrauch und deren Einreihung in die Straßenkategorie „Gemeindestraße“ vor. Die Planunterlagen dazu wurden durch 4 Wochen beim Gemeindeamt zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt, wozu neben der Verständigung der unmittelbar berührten Grundeigentümer die Kundmachung vorliegt. Die abgegebene schriftliche Stellungnahme von Fr. Claudia Hörmanseder wird vollinhaltlich vorgetragen. Die darin geforderte Gewichtsbeschränkung ist nach übereinstimmender Ansicht zur Zeit nicht notwendig. Nach vollinhaltlicher Verlesung des Verordnungsentwurfes, welcher dieser Verhandlungsschrift als Beilage 1) angeschlossen ist, stellt GR Peter Hansbauer den Antrag, die vorliegende Verordnung zu genehmigen und die Wegparzelle 1160/10 KG Stögen wie vorgetragen als Gemeindestraße für den Gemeindegebrauch zu widmen.

GR Brandmayer Johann erkundigt sich nach der angrenzenden Wegparzelle 1160/8. Der Bürgermeister gibt bekannt, dass es sich hierbei um eine Privatstraße handelt. Die vom Bürgermeister mittels Handzeichen durchgeführte Abstimmung zeigt die einstimmige Annahme des Antrages von GR Peter Hansbauer.

TOP 6.) Hellwagner Maria, Haslinger Maria, Pointner Pauline;
Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 3 – 19. Änderung
Genehmigung (AZ. 031-2/3-19)

Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 02.07.2009 der Einleitung des Verfahrens zur 19. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 3 gemäß dem vorliegenden Plan des Architekten DI Dr. H. Englmaier zugestimmt.

Mit Verständigung vom 18.08.2009 wurde den von der geplanten Umwidmung Betroffenen und allen sonstigen gem. OÖ. ROG zu verständigenden Stellen die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme eingeräumt. Der Bürgermeister bringt die abgegebenen Stellungnahmen vollinhaltlich zur Kenntnis und bestätigt, dass im Anhörungsverfahren gegen die geplanten Änderungen innerhalb der eingeräumten Fristen keine Einwände erhoben wurden. Weiters bringt er dem Gemeinderat den Entwurf eines Verkehrserschließungskonzeptes in der Ortschaft Hochfeld zur Kenntnis, wie es die Abteilung Straßenbau in Ihrer Stellungnahme vor weiteren Umwidmungen entlang der gegenständlichen Landesstraße gefordert hat. Der Bürgermeister empfiehlt unter Bezugnahme auf die positive Stellungnahme des Ortsplaners vom 22.07.2009 den Flächenwidmungsplan im Sinne des Grundsatzbeschlusses vom 02.07.2009 zu ändern.

GR Elisabeth Hellwagner bestätigt, dass die geplanten Änderungen nicht den Planungszielen der Gemeinde widersprechen und Interessen Dritter ebenfalls nicht verletzt werden. Nachdem daher keine Versagungsgründe im Sinne des Raumordnungsgesetzes vorliegen, beantragt sie daher die beschlussmäßige Genehmigung.

Der Bürgermeister lässt über diesen Antrag mit Handzeichen abstimmen und stellt die einstimmige Annahme fest.

TOP 7.) Baulandförderung der Gemeinde Zell an der Pram, Verlängerung (AZ. 482)

Die Baulandförderung der Gemeinde Zell/Pram wurde zuletzt vom Gemeinderat am 23.10.2008 mit der Befristung auf 1 Jahr beschlossen. Der Bürgermeister bringt die derzeitige Fassung der Förderungsrichtlinien in Erinnerung, und zwar:

- limitierte Größe für Neuparzellen 1.000 m² in den Ortsteilen Hofmark, Am Wassen, Hochfeld und Spitzfeld
- Förderungshöhe € 2.000,-- die Auszahlung erfolgt zur Hälfte bei Vorlage des Kaufvertrages,
der Rest wird mit den fälligen Anschlussgebühren gegenverrechnet.

- Verpflichtung zur Einreichung eines Bauprojektes innerhalb von 3 Jahren

Der Bürgermeister empfiehlt die Weiterführung der Baulandförderung wie vorgetragen unter den bisherigen Vorgaben.

GR Dick Herbert schließt sich dem Vorschlag des Bürgermeisters an und beantragt, die derzeitigen Förderungsrichtlinien um 1 weiteres Jahr zur verlängern. Der Antrag findet in der anschließenden, mittels Handzeichen durchgeführten Abstimmung die einhellige Annahme.

TOP 8.) Allfälliges

Der Bürgermeister weist auf die vorliegenden Protokolle der letzten GR Sitzungen vom 17.09.2009 und der konstituierenden Sitzung vom 20.10.2009 hin. Nachdem dagegen keine Einwendungen vorgebracht wurden, gelten diese als genehmigt.

GR Zillner ersucht den Bürgermeister, die Reihenfolge der Wortmeldungen an Hand der zeitlichen Abfolge der Meldungen der GR Mitglieder vorzunehmen.

GV Kemetsmüller erkundigt sich nach der Behandlung des Themas Jugendtaxi in der Bürgermeisterkonferenz am 09.11.2009

GV Ertl regt an, dass der Bauausschuss das Thema des eingebrachten Dringlichkeitsantrages behandeln soll.

Bgm. Bauer berichtet über die abgehaltene Blutspendeaktion des Roten Kreuzes am 12. u. 13.11.2009.

Der Bürgermeister teilt gem. § 18 a (2) OÖ. GemO dem Gemeinderat mit, dass ihm die Bestellung der Fraktionsobleute der im Gemeinderat vertretenen Parteien wie folgt schriftlich angezeigt wurde:

Für die ÖVP	als Fraktionsobmann	GR Alois Ziegler
Für die FPÖ	als Fraktionsobmann als Stellvertreter	GV Karl Haferl jun. GR Johann Brandmayer
Für die SPÖ	als Fraktionsobmann als Stellvertreter	GR Markus Zillner GV Kurt Kemetsmüller

Sodann berichtet der Bürgermeister noch über folgende Themen:

- Schülerzahlen in der Volksschule Zell/Pram
- Verleihung eines Preises an die Volksschule Zell/Pram
- Schulsanierung, Vorziehung Etappe Turnsaal
- Nahwärme Zell, Anschluss des LBZ
- Bauarbeiten im LBZ Zell/Pram – Osttrakt
- betreubares Wohnen, Projektgestaltung – Ruhezone
- Kanalprojekt Krena, Grundeinlöseverhandlungen
- Besprechung gemeinsamer Bauhof am 11.11. in Linz
- Regelung des Winterdienstes 2009/2010
- Straßensanierungen Sacherlahn u. Andorferstraße